

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

3. Sitzung
22. Juni 2023

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.07 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0038](#)
IntGleich
**Zwangsheirat wirksam bekämpfen – Status Quo und
Verhinderungsmöglichkeiten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt nehmen auch Herr Grüning aus der Senatsinnen- und Sportverwaltung und Herr Hilke aus der Bildungsverwaltung an der Sitzung teil. – Ich begrüße Sie herzlich! – Es herrschte Einvernehmen unter den Sprecherinnen und Sprechern, die Organisation Papatya zur heutigen Anhörung auch einzuladen. In der Folge wurde die Organisation von mehreren Fraktionen benannt. Wie Ihnen das Ausschussbüro am Montag mitgeteilt hat, wird Papatya heute aufgrund des strengen Schutzkonzepts zur Wahrung der Anonymität der Mitarbeitenden heute nicht vor Ort in der Anhörung dabei sein. Es wurde jedoch eine schriftliche Stellungnahme von Papatya an uns übersandt, und diese haben Sie gestern per Mail aus dem Ausschussbüro bekommen; sie ist Ihnen zugegangen.

Jetzt begrüße ich ganz herzlich Frau Dorothea Zimmermann als einzige Anzuhörende zur heutigen Tagesordnung. – Sie sind Geschäftsführerin von Wildwasser e. V. – Ich gehe davon aus, dass Sie sich Wortprotokoll wünschen? – Sie hätten auch widersprechen können. Dann machen wir das so, dass Sie ein Wortprotokoll bekommen. – Wer von den Fraktionen möchte den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 begründen? – Die CDU. – Bitte, Sie haben das Wort!

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das Thema Zwangsheirat bekämpfen liegt uns sehr stark am Herzen. Es ist richtig, den aktuellen Status quo zu erfahren und uns über die Verhinderungsmöglichkeiten auszutauschen. Daher ergibt sich die Begründung des Tagesordnungspunktes. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Danke für die Begründung, Frau Niemczyk! – Dann hat jetzt Frau Zimmermann die Möglichkeit, ihre Stellungnahme abzugeben. Üblich ist eine circa fünfminütige Stellungnahme, aber da Sie heute die Einzige sind, ist es, glaube ich, auch im Interesse der Abgeordneten, wenn Sie ein bisschen mehr Zeitvolumen bekommen. – Bitte!

Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.): Danke, Frau Vorsitzende und auch Frau Senatorin, dass wir zu diesem Thema reden dürfen! – Uns liegt das Thema natürlich auch sehr am Herzen. Schon seit den Neunzigerjahren, als wir eine Zuflucht von Wildwasser gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen hatten, haben wir festgestellt, dass Zwangsheirat auf jeden Fall eine drohende sexualisierte Gewalt bedeutet, und uns von daher seitdem sehr mit diesem Thema beschäftigt. Es war uns sehr wichtig, dass das auch in den politischen Raum mit reingenommen wird und sich weiter überlegt wird: Wie kann es weitergehen? –, und wir sind ja auch mit der Senatsverwaltung darüber immer wieder in Kontakt.

Mir wäre es trotzdem wichtig, auch wenn das wahrscheinlich für Sie alle eine Wiederholung oder sonst etwas ist, noch mal zu sagen, wie wir Zwangsheirat definieren, weil wir im Alltag immer wieder feststellen, dass es eigentlich auch bei arrangierten Ehen und in diesen Frage-

stellungen nicht die richtigen Abgrenzungen gibt. Von daher würde ich das gerne einfach noch mal verlesen, was für uns die Definition ist, die der AK Zwangsheirat in Berlin, der inzwischen auch schon seit 25 Jahren tagt, wovon wir Teil sind, der in der Ägide von Petra Koch-Knöbel als Gleichstellungsbeauftragte von Berlin-Kreuzberg mit dem LKA, mit den Frauenhäusern, auch mit der Senatsverwaltung seit vielen Jahren versucht, auch zum Teil ganz konkret, in dem Netzwerk die konkreten Probleme mit aufzunehmen und gleichzeitig aber auch zu gucken, welche Forderungen an Veränderungen in der Arbeit direkt daraus erwachsen.

Zwangsheirat liegt dann vor, wenn eine Betroffene sich zur Ehe gezwungen fühlt und entweder mit ihrer Weigerung kein Gehör findet oder es nicht wagt, sich zu widersetzen, weil Eltern, Familie, Verlobte und Schwiegereltern mit den unterschiedlichsten Mitteln versuchen, Druck auf sie auszuüben. Dazu gehören physische und sexuelle Gewalt, Nötigung durch Drohungen, Einsperren, Entführung, psychischer und sozialer Druck sowie emotionale Erpressung, Einschränkungen in Bezug auf den Lebensstil und auf den Bewegungsspielraum und andere erniedrigende, entwertende und kontrollierende Behandlungen.

– Das ist die Grundlage, die wir als Definition nehmen. Wir finden es, wie gesagt, sehr wichtig, dass das nicht in Bezug auf die arrangierte Ehe verwechselt wird an dem Punkt.

Wir vom Arbeitskreis haben seit 20 Jahren alle fünf Jahre eine kleine Erhebung gemacht. Wir sagen, es ist kein Studie im wissenschaftlichen Sinne, das finde ich noch mal ganz wichtig, aber diese Erhebungen, die wir berlinweit machen und mit relativ gleichen Zielgruppen von den Befragungen her, haben noch mal einiges zur Statistik hergegeben. Es sind in Berlin zwischen 480 und 520 Fälle, die wir identifizieren konnten. Ganz wichtig, und auch für das, was wir weiter an Forderungen haben, ist: Die größte Gruppe sind dabei die 16- bis 21-Jährigen, das heißt, dass sich um die noch mal besonders gekümmert werden muss. Es sind 92 Prozent weiblich. Auch das verändert sich in letzter Zeit gerade, weil sich auch deutlich mehr homosexuelle und trans Personen, die zur Zwangsheirat gezwungen werden, bei den Unterstützungseinrichtungen, die es inzwischen in dem Rahmen gibt, melden. Deswegen verändert sich da gerade ein bisschen das Bild. Das ist noch mal wichtig. Knapp die Hälfte hat die deutsche Staatsangehörigkeit.

Der Kontext, mit dem wir es immer wieder zu tun haben, ist, werden Sie sehen, zum Teil sehr widersprüchlich. Es ist uns auch sehr wichtig, dass in unserer Arbeit – – Jeder Fall ist anders. Das ist wirklich ganz wichtig, dass man das überhaupt nicht über einen Kamm scheren kann. Wir merken immer wieder: Es sind Versprechen im Herkunftsland, die getroffen worden sind, zum Teil geht es um Nachzug von prekären Verhältnissen. Das sind die Teile, die zum Teil auch schon mit dem Herkunftsland zu tun haben, dann aber auch in den patriarchalen Familien. Es ist uns auch ganz wichtig, das nicht zu kulturalisieren an dieser Stelle, sondern noch mal sehr deutlich zu machen: Es hat mit patriarchalen Machtstrukturen in den Familien zu tun. Das ist total deutlich, und das wird in den unterschiedlichsten Religionszusammenhängen und Religionskontexten auch noch mal deutlich.

Es hat zum Teil auch mit Versagen in der Schule zu tun, dass gesagt wird: Bildungssystem geht nicht mehr, jetzt muss die Heirat kommen. – Es ist ein drohender Gesichtverlust, es ist auch die Angst, dass die Tochter vielleicht der Familie entgleitet, wenn sie merken, dass es

zum Teil auch darum geht, dass sie einen Freund haben; dass sie Angst haben, dass sie die Jungfräulichkeit verlieren und dass vorher die Heirat stattfinden soll. Ich habe viele Elterngespräche im Rahmen des Mädchennotdienstes in diesem Kontext geführt und kann sagen, dass wir manchmal wirklich sehr überrascht sind, wie sehr das zum Teil auch als Schutz gesehen wird von den Mädchen in dieser Gesellschaft, zu sagen: Sie müssen jetzt verheiratet sein –, wogegen wir natürlich angehen, weil es ganz klar ist: Es ist eine Bestätigung patriarchaler Machtverhältnisse.

Wichtig ist uns, an der Stelle noch mal sehr deutlich zu machen – in der ganz konkreten Arbeit, und das hat Auswirkungen auf das, was wir dazu brauchen in dieser Stadt –, dass die, die von Zwangsheirat betroffen sind und sich entschließen zu gehen und etwas dagegen zu unternehmen, wirklich auch dagegen anzugehen, meistens unglaublich ambivalent sind. Es ist immer wieder so, dass wir damit zu tun haben, dass der Schutz organisiert wird – ich kann Ihnen sagen: Den Schutz zu organisieren und denen wirklich zu helfen, ist eine Riesearbeit von den Jugendämtern, von der Polizei, von vielen Netzwerken, die dann auch wirklich schnell zusammenarbeiten müssen –, und das ist manchmal ganz schön hart, wenn dann die Betroffene sich entschließt, wieder nach Hause zu gehen, dann wieder geht, dann wieder nach Hause geht, dann wieder geht. Jede Person kann sich aber vorstellen: Die Familien zu verlassen, die Geschwister zu verlassen, die Mutter zu verlassen – und manchmal selbst auch die, die Gewalt ausgeübt haben –, ist einfach wahnsinnig schwer. Deswegen braucht es auch Menschen, die sich wirklich gut damit auskennen und diese Ambivalenzen aushalten und mittragen, und es braucht eben auch sehr viele Ressourcen. Das muss immer wieder auch deutlich gemacht werden, dass es diese Ressourcen dafür braucht. Das ist wichtig.

Was wir auch immer wieder feststellen, ist – es wird zu diesem Thema oft sehr viel kulturalisiert –, dass die Mädchen in dem Moment, wo zum Beispiel in der Schule darüber geredet worden ist, wie schrecklich muslimische Familien sind und wie gewaltvoll, es nicht als eine Aufforderung sehen, dass sie darüber reden können, was mit ihnen passiert, sondern eher die Frage der Loyalität für sie im Vordergrund steht, dass sie sagen: Sie wollen nicht noch zusätzlich Rassismen oder Vorurteile, die sie zum Teil spüren, extra bedienen und halten sich dann eher aus dieser Situation zurück. Das ist, finde ich, eine total wichtige Frage; auch der öffentliche Diskurs, der dem manchmal total entgegensteht. Man will eigentlich, dass sie die Möglichkeit haben, darüber zu reden, weil es skandalisiert und offen gemacht wird, was wir uns auch wünschen, aber gleichzeitig führt das zum Teil auch konkret dazu, dass sie nicht darüber reden können und nicht die Möglichkeit haben, weil sie das Gefühl haben, sie verraten die Familie.

Von daher ist es, finde ich, noch mal so deutlich, wenn wir an die Forderungen gehen oder an das, was wir brauchen, dass es wirklich viel Prävention und Mittel zur Prävention geben muss. Es muss einfach, was ja auch die Istanbul-Konvention vorschreibt, viel Fortbildung in diesem Bereich geben, damit sehr differenziert darauf eingegangen werden kann, dass auch gerade – es gab ja jetzt auch wieder diesen „Tagesspiegel“-Artikel –, wenn die Ferien anstehen, zum Teil auch Verschleppung anstehen kann. Es braucht ein sehr offenes Ohr und ein sehr vertrautes Verhältnis. Es muss eine Möglichkeit geben, dass sich auch wirklich Vertrauen bilden kann, sowohl in der sozialen Arbeit in der Schule – – Es ist momentan immer so, die Schule soll alles richten. Aber es ist wirklich so, dass in der Schule oft geguckt werden kann: Kommen die auch wirklich wieder? Haben sie Angst, dass sie vielleicht im Heimatland,

wenn sie in die Ferien da hingefahren sind, da bleiben müssen? – Von daher ist das ein ganz wichtiger Punkt: mehr Prävention in den Schulen, in den Mädchenzentren.

Dann ist für uns die Wohnsitzauflage eine wichtige Frage. Es ist zum Teil in diesen Fällen schon möglich, die Wohnsitzauflage auch wieder zu verändern. Es muss aber auf jeden Fall flexibler gestaltet werden. Ein großer Teil ist für uns auch noch mal die Frage der Jugendhilfe, weil wir immer wieder feststellen, dass welche ab 18, wenn sie dann in die Jugendhilfe gehen – – und sie brauchen auch wirklich die Unterstützung, es reicht nicht, was in den Frauenhäusern an Unterstützung zur Verfügung steht. Das ist ganz deutlich, und das macht auch diese Ambivalenz noch mal deutlich – – dass zwischen 18 und 21 die Jugendhilfe gewährt wird, wenn sie noch nicht vorher in der Jugendhilfe waren. Das wird oft total schwierig; dass auch in den Geflüchtetenunterkünften die alleinreisenden Mädchen als besonders vulnerable Gruppe gesehen werden, wenn schon so etwas ansteht und das Thema Verschleppung mit aufgenommen wird.

Vielleicht noch mal anknüpfend an Papatya, mit denen wir auch immer sehr in Kontakt stehen: Es fehlen auch bundesweit Plätze für die Unterbringung, denn wenn es um massiven Schutz geht, wollen wir natürlich zum Teil auch außerhalb von Berlin unterbringen, und es fehlen so viele Plätze, dass Papatya, die ja zuwendungsfinanziert sind, was wirklich sehr gut ist und wo Berlin auch mit einer Vorreiterstellung hat – – Das müsste es in anderen Bundesländern auch geben. Auch da erhoffen wir einen Einsatz über die bundesweite Ebene zu diesem Thema. – Das erst mal grob. Für Fragen stehe ich natürlich jederzeit bereit.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Zimmermann, für Ihre Ausführungen! – Jetzt kommen wir zu den Fragen der Abgeordneten. Es haben sich auch schon einige gemeldet. – Frau Golm, bitte, Sie haben das Wort!

Mirjam Golm (SPD): Vielen Dank, Frau Zimmermann, für die Ausführungen und vor allem für diesen ganz differenzierten Bericht, wobei die Mädchen im Vordergrund stehen und jede einzelne Situation, und dass es hier um patriarchale Strukturen geht, die wir bekämpfen müssen. Das ist ganz wichtig. – Mir wäre wichtig, noch mal genau zu wissen: Der Zugang zum Hilfesystem ist ja oft ein Problem. Weiß man, wo man Hilfe bekommt? Wenn die Hauptgruppe 16- bis 21-Jährige sind, ist wahrscheinlich die Schule der beste Ort, an dem man sie erreichen kann. Ich würde gerne noch mal wissen: Was gibt es genau an den Schulen? Gibt es da verpflichtende Fortbildungen, verpflichtende Angebote, dass jede Schule eine Ansprechpartnerin, einen Ansprechpartner bereithalten kann? Erreicht man da die Mädchen, oder ist das Sache der Schule, ob sie aus ihrem Budget solche Fortbildungen finanzieren oder nicht? Das würde mich sehr interessieren. Das geht auch in den ganzen Gewaltbereich, über Missbrauch. Es ist immer die Frage: Was wird in den Schulen gemacht? –, aber meistens ist es ja für junge Mädchen, für junge Frauen oft der einzige Ort, wo wir sie erreichen können.

Dann hatte ich bei Papatya gesehen, es gibt acht Plätze in der Wohngruppe. Das finde ich ein bisschen wenig. Mich würde interessieren, was Sie mit betroffenen Mädchen und jungen Frauen machen, die da eben keinen Platz bekommen; wo die hingehen, wo die hinkommen.

Meine letzte Frage wäre: Wie lange können die in der Wohngruppe bleiben, und wie ist sozusagen die Nachsorge oder Nachbetreuung? Wir haben das ja im Gewaltbereich für Frauen auch mit den Zweite-Stufe-Wohnungen. Man wird wahrscheinlich ein Mädchen, das sich von

der Familie gelöst hat, das plötzlich ganz alleine ist, nicht einfach entlassen können. Sind dafür die Möglichkeiten da, und würden Sie sich da von uns noch mehr erhoffen, können wir etwas machen? – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Auricht das Wort.

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Zimmermann, vielen Dank, dass Sie hier sind! – Ich fand die Schilderung besonders schlimm, dass sich die Mädchen in den Schulen gar nicht trauen, über ihr Problem zu sprechen, um nicht noch als Nestbeschmutzer dazustehen. Wo sehen Sie jetzt die Möglichkeit, dass man an die Mädchen herankommt, dass sie sich wirklich öffnen bei dem Problem und sich nicht zurückziehen? Das würde mich interessieren.

Die Probleme sind im Prinzip alle schon bekannt. Wir haben selbst vor Jahren schon mal gefordert, dass man eine bessere Datenerhebung zu diesem ganzen Thema macht. Was denkt der Senat? Kann man da jetzt noch ein bisschen mehr in die Lehrpläne reingehen? Ich habe gelesen, dass es im Prinzip nur vier Schulen in Berlin gibt, die da wirklich etwas anbieten. Müsste man das nicht viel flächendeckender machen? Müsste man das vielleicht sogar in irgendeiner Art und Weise in die Regellehrpläne mit reinnehmen, mehr Workshops anbieten? Ich denke, da gibt es einen großen Handlungsbedarf. Da würde ich gerne hören, was der Senat dazu plant. – Und weil wir auch etwas zum Thema Verschleppung gehört haben: Wie sieht es aus mit den Botschaften vor Ort? Kann man da nicht noch eine bessere Kooperation herstellen, dass die Personen dort vielleicht eine bessere Anlaufstelle finden? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Schmidt, Sie haben das Wort!

Ines Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Zimmermann! Es macht einen ja doch ziemlich betroffen, wenn wir hier von 480 bis 520 Fällen allein in Berlin reden. Ich hätte nicht gedacht, dass das Thema noch so aktuell ist. – Meine Frage an die Regierung: Hier fehlt eine Finanzierung, wenn ich Frau Zimmermann richtig verstanden habe. Da muss unbedingt eine Unterstützung her. Ist im Doppelhaushalt 2024/2025 vorgesehen, Organisationen wie Papatya oder Wildwasser finanziell noch mehr zu stärken?

Wie sieht die Umsetzung des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen aus? Die sollte ja 2020 schon evaluiert werden. Da hätte ich gerne den aktuellen Stand der Umsetzung im Land Berlin. – Dann würde mich interessieren: Die Zwangsverheiratung ist ja ein ziemlich aktuelles Thema. Nehmt ihr so etwas auch mit auf die Ministerkonferenz? Welche Forderungen wollt ihr dort adressieren? Das wäre mir auch noch mal wichtig. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat die Sprecherin, Frau Niemczyk, von der CDU das Wort.

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen herzlichen Dank an Sie, Frau Zimmermann, dass Sie sich die Zeit genommen und uns über Ihre Arbeit berichtet haben, die ich als diplomierte Sozialpädagogin beim LAF in- und auswendig kenne und sehr schätze. Ich möchte mich gerne für Ihre Arbeit bedanken, weil Sie eine ganz tolle und essenzielle Arbeit auf diesem Gebiet leisten. Von der Basis – noch vor Kurzem habe ich tatkräftig im Ankunftszentrum mit Ihnen und mit Papatya in sehr engem Kontakt gearbei-

tet –: Die Wohnortauflage ist wirklich ein Problem, aber es ist nicht unmöglich, dass auch sehr viel getan wird, damit die jungen Frauen und Mädchen den Schutz, wenn sie darüber berichten, dass es zu einer Zwangsheirat kommen könnte, auch finden. Die Überquotierung nach Berlin wird möglich gemacht. Die Vernetzung mit den anderen Bundesländern ist natürlich sehr wichtig.

Dann möchte ich an Sie die Frage stellen in Bezug auf die Sommerferien. Ich habe diesen Berichten entnommen, dass die Zwangsheirat in den Sommerferien sehr zunimmt. Das ist auch ein Faktor, den wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Werden die Mädchen an den Schulen noch einmal mit Nachdruck informiert – in Hinblick auf die fehlenden Sozialarbeiterkräfte, die sowieso sehr mager vorhanden sind? Wie gehen Sie mit der Information an den Schulen um, damit die Mädchen wirklich informiert werden, damit ihnen womöglich auch die Angst genommen wird? – Dann noch explizit eine Frage für uns: Wie stellen Sie sich die Unterstützung seitens der Politik vor? – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Dr. Haghanipour das Wort. – Bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir vielen Dank an Dorothea Zimmermann, nicht nur für den Bericht, sondern auch für die langjährige von allen Fraktionen hier geschätzte Arbeit in dem Bereich Zwangsehen und auch den anderen Bereichen, die Sie bedienen. Ich fand es besonders interessant, dass Sie noch mal hervorgehoben haben, dass der öffentliche Diskurs in dieser Thematik sogar hinderlich sein kann für die Emanzipation, für die Bearbeitung des Themas. Das verstehe ich auch als Appell an uns alle, fraktionsübergreifend, hier in der Wortwahl ein politisch sensibles Gefühl mitzubringen.

Ich habe drei Fragen. Die erste knüpft nahtlos an die Fragen meiner Kollegin an, aber auch an Ines Schmidt: Wie ist die finanzielle Situation? Sie haben gerade beschrieben, Prävention und Schulung bringt viel, und da haben wir ja in Berlin schon eine Struktur, die eine gute Basis ist. Es ist ja nicht so, dass das Thema neu wäre, sondern das wird seit vielen Jahren bearbeitet. Ist da vom Senat geplant, dass es Aufwüchse gibt? Wie empfinden Sie selbst die finanzielle Situation, um Schulen, Jugendämter oder Ähnliches zu schulen und da reinzugehen?

Meine zweite Frage ist: Können Sie uns noch mal die Zusammenarbeit zwischen den Frauennetzwerken, der Polizei und den Schulen, mit der Beratung, beschreiben, um auch noch mal aus der Perspektive von Ihnen einen Eindruck zu bekommen?

Meine dritte Frage tangiert auch die Bundesebene, nämlich das Rückkehrrecht von ins Ausland verschleppten Frauen. Da ist ja auch der § 37 im Aufenthaltsgesetz etabliert worden, der nicht immer funktioniert, weil die Hürden der Beweispflicht, dass es sich um eine Zwangsheirat handelt, sehr hoch sind. Was empfehlen Sie uns, wie wir da auf die Bundesebene einwirken könnten? – Danke Ihnen!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Frau Zimmermann, Sie haben jetzt die Möglichkeit, zu antworten. Das Bündel an Fragen ist recht umfangreich.

Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.): So kurz wie möglich! – Einige Fragen gehen ja ein bisschen ineinander über; gerade die Frage von Schule. Dieser ganze Bereich von Schule

ist, denke ich, ein ganz wichtiger Bereich; was da auch nötig ist. Ich glaube, da geht es um verschiedene Ebenen; einerseits, das als eine relative Selbstverständlichkeit mit aufzunehmen vielleicht für Lehrpläne oder dass das auch ein Thema sein kann. Was aber auf jeden Fall unverzichtbar ist, ist, dass auch welche von außen kommen. Die Erfahrung machen wir auch beim Thema sexualisierte Gewalt oder anderen Themen in diesem Rahmen, dass es immer total wichtig ist, dass auch jemand von außen kommt.

Ich möchte hier zwei Projekte herausgreifen; es hängt auch wieder ein bisschen mit der Finanzierung zusammen. Ein wichtiges Projekt in dem Kontext ist Heroes; gerade dieses Peer-to-Peer-Projekt mit den jungen Männern in den Schulen vor Ort. Ich bin da seit Jahren im Beirat und habe das zum Teil mit gegründet und kann einfach nur sagen: Diese prekäre Situation, dass die jedes Jahr wieder gucken müssen, ob sie überleben, finde ich gerade auch noch mal im Kontext von Zwangsheirat absolut nicht angemessen. Ich muss mich hier für die auch noch mal ein bisschen ins Zeug werfen an dieser Stelle, denn die Erfahrungen, die wir in den Schulen in Neukölln oder Kreuzberg gemacht haben, wenn die in die Schulen gegangen sind als junge Männer und da noch mal eine ganz andere Haltung zur Frage der Ehre oder zur Frage des ganzen Kontextes von patriarchalen Familiensystemen – – Das hat einfach viele Möglichkeiten und macht es offen.

Oder zum Beispiel auch Elisi Evi, das ist ein Mädchenprojekt, das sehr gute Projekte ins Leben gerufen hat und damit auch in die Schule geht und mit den Schulen arbeitet. Die brauchen sehr viel mehr Kapazitäten, um diese Aufgabe zu erfüllen. Ich glaube, das muss immer ein total gutes Zusammenspiel sein, zum einen, dass es bei den Lehrern ganz klar ist, dass es ein Problem ist, und dann bei den Sozialarbeitenden in den Schulen, weil das auch eine wichtige Anlaufstelle sein kann und muss, die dann zum Teil den Kontakt zu den Jugendämtern oder zu uns herstellen. Es ist immer die Frage, die auch kam: Wie finden die ins Hilfesystem? –, und da spielen natürlich gerade die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen oder Vertrauenslehrer eine große Rolle, oft im Anschluss an diese Workshops. Das stellen wir immer wieder fest, dass die gerade im Anschluss an diese Workshops dann auch noch mal kommen, weil, und das ist immer total wichtig, nicht nur von außen welche kommen, sondern die sich dann auch zur Verfügung stellen und zeigen: Ich kenne mich mit dem Thema aus, ich mache etwas damit.

Es ist nicht so, wie wir es immer wieder in den Schulen auch hatten, wenn es keine Fortbildung gab: Dann lade ich mal deine Eltern ein und frage, ob das in Ordnung ist. – Das ist zum Teil wirklich – – Wir haben das Gefühl, wir müssen immer wieder neu fortbilden in dieser Frage; dass die Eltern einladen dann vielleicht nicht unbedingt das erste Mittel der Wahl sein kann an diesen Stellen. Von daher wünschen wir uns natürlich viel in die Schulen.

Die Frage von Nestbeschmutzern möchte ich noch mal präzisieren. Es geht wirklich um den Diskurs insgesamt. Mädchen oder Menschen, die sich als rassifiziert erleben, die sich als diskriminiert erleben – dazu gibt es inzwischen ganz viel Forschung, dass die eben nicht den Schritt gehen, sich Hilfe zu holen. Diese Entkoppelung muss da noch mal ganz klar stattfinden. Das ist, glaube ich, wirklich ein ganz großes Problem gerade bei dem Thema. – Das hast du schon gesagt, Bahar. Es ist einfach wichtig, das immer im Blick zu behalten.

Zu den Plätzen bei Papatya: Das finde ich ganz wichtig. Es ist immer wieder so, dass die Plätze bei Papatya nicht reichen. Andererseits ist es aber schon so: Die Schwelle bei Papatya, einen Platz zu bekommen, ist manchmal sehr hoch, denn es ist natürlich total klar, wie jetzt hier auch total deutlich ist, es ist sehr wichtig, dass die Mädchen, die da hinkommen, auch die Anonymität einhalten können. Wir haben immer, von unserem Mädchennotdienst aus gesehen, die, die die Anonymität nicht brauchen und die, die zu uns kommen mit einer offenen Adresse, die die Anonymität eigentlich viel mehr brauchen, aber psychisch nicht in der Lage sind, eine Anonymität einzuhalten. Das heißt, die können auch nicht die Plätze von Papatya haben. Die geben ihr Handy nicht ab. Alle kennen das wahrscheinlich – Jugendlichen zu sagen, dass sie ihr Handy und ihr geheimes Handy abgeben sollen. Die meisten Mädchen, die da sind, haben mindestens zwei Handys, wenn nicht drei Handys, das ist auch klar. Sie müssen alle Handys abgeben, das ist in dem Moment klar; also allein das.

Und sich wirklich nicht mit dem Freund zu treffen – – Gerade, wenn Zwangsheirat im Kontext steht, dass ein Mädchen sich einen anderen Partner gewählt hat, will sie natürlich mit ihm in Kontakt bleiben. Das darf sie aber nicht, wenn sie bei Papatya ist. Das ist ja klar. Die Geheimhaltung muss wirklich allen gegenüber bleiben, und das ist sehr hochschwellig. Deswegen müssten sie dann theoretisch in eine andere Stadt, aber auch das wollen sie natürlich oft nicht, oder zum Teil zu uns, und da brauchen wir, was den Schutz angeht, ganz schnell, und das ist das Wichtige – – Es gibt viel mit der Wohnortauflage, aber das muss morgen sein, oder das müssen wir heute wissen, dass das funktioniert. Es muss auch klar sein, was leider auch immer sehr wichtig ist, dass, wenn es dann nach außen gegeben wird, dass es keine Anzeige gegen die Familie gibt, dass die Familie keinen Nachteil dadurch hat. Wenn die Mädchen danach fragen, welche Unterstützung sie bekommen, und wir sagen: Wir schaffen es, das für dich durchzusetzen mit dem Aufenthalt, mit der Wohnsitzauflage und so weiter –, ist die nächste Frage immer sofort – was uns manchmal vielleicht absurd vorkommt; was für ein Martyrium sie zum Teil erlebt haben, das muss man auch ganz klar sagen –: Hat meine Familie dadurch Nachteile? – Und manchmal ist das daran gekoppelt, wenn man eben die Gewalt offen machen muss. Man hat immer das Gefühl, man dreht an der einen Schraube und an der anderen Schraube wird es total schwierig.

Das Recht auf Wiederkehr finde ich einen ganz wesentlicher Punkt, auch als Stichwort. Ich möchte das auch noch mal hier mit reinbringen, denn die Voraussetzungen für das Recht auf Wiederkehr passen zum Teil gerade für unsere Mädchen nicht. Zum Beispiel: allein sechs Jahre Schulbesuch. Ich frage mich immer wieder, wenn die Mädchen zu uns kommen: Wie kann das in dieser Stadt, in Deutschland sein, dass welche wirklich – – Wir haben gerade wieder ein Mädchen aufgenommen, aus Serbien, und die war seit dem Zeitpunkt, als sie nach Berlin kam, da war sie neun Jahre alt, nicht in die Schule gegangen. Die bekommen manchmal die sechs Jahre nicht – – Gerade die, die in solchen engen patriarchalen Strukturen sind, dass sie zum Beispiel – – Sie war dann das Hausmädchen für ihren Bruder und deren Kinder, bis sie verheiratet werden sollte. Sie hat die sechs Jahre nicht voll. Das sind einzelne Punkte. Deswegen wäre ich sehr bereit, das noch mal durchzudeklinieren; dass nicht gerade die, die es am allerdringendsten brauchen, nicht unter dieses Recht auf Wiederkehr fallen. Das Recht auf Wiederkehr ist ein absolut entscheidender Punkt in dem Ganzen. Ich bin selbst mal in die Türkei gefahren und habe ein Mädchen zurückgeholt. Dann mussten wir warten, bis sie 18 war, und das war wirklich heftig.

Habe ich jetzt Fragen vergessen? Dann müssen Sie noch mal nachfragen. – Ja, wir brauchen mehr Plätze, auf jeden Fall. Der Mädchennotdienst ist sowieso immer voll. Wir brauchen aber auch diese bundesweite Möglichkeit, verschieben zu können.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich würde jetzt das Wort der Senatorin geben. Danach können die Vertreter aus den anderen Senatsverwaltungen, wenn sie Fragen beantworten wollen, auch das Wort bekommen. – Frau Kiziltepe, bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an Sie, Frau Zimmermann, und an Wildwasser e. V. für Ihr Engagement in diesem Bereich! – Ich bin selber im Vorstand von Strohalm e. V., der der Träger von Heroes ist, und da ist das Besondere – dieses Projekt, das Sie, sehr geehrte Abgeordnete, sicherlich kennen –, dass es von jungen Männern gemacht wird. Das ist etwas Besonderes; weil diese jungen Männer ja in diesen Strukturen auch aufwachsen und sich selber gegen diese Strukturen wehren, ist das, glaube ich, ein beispielhaftes Projekt, das ich sehr gut finde.

Die Bekämpfung von Zwangsverheiratung ist seit vielen Jahren ein Thema und ein wichtiger Teil der Arbeit des Berliner Senats. Es ist leider so, dass wir aktuell keine validen Zahlen zum Ausmaß von Zwangsverheiratung in unserer Stadt haben. Frau Abgeordnete Schmidt hatte gefragt, ob wir uns in der GFMK eingebracht hätten. Berlin hat sich 2020 mit einer an die Bundesregierung gerichteten Anfrage eingebracht. Der aktuelle Stand ist, dass das BMFSFJ gesagt hat, dass die Studie noch nicht fertig ist, also man ist zu den Zahlen noch dran. Für uns als Berliner Senat ist das ein ganz wichtiger Punkt. Deshalb thematisieren wir das auch heute in dieser Sitzung, und wir haben in den Richtlinien der Regierungspolitik des Senats festgehalten, dass Zwangsheiraten strafbar sind und ein Verstoß gegen die Menschenwürde und insbesondere Frauen und queere Menschen treffen. Deshalb steht da weiter drin:

Der Senat wird einen wissenschaftlichen Forschungsauftrag zur Untersuchung des Ausmaßes und von Verhinderungsmöglichkeiten in Auftrag geben. Zudem setzt sich der Senat weiterhin für die Förderung der Beratung gegen Zwangsheiraten ein.

Es ist tatsächlich so, das hat auch Frau Abgeordnete Haganipour gesagt, dass Berlin eigentlich auch bundesweit sehr gut aufgestellt ist. Natürlich können wir viel mehr tun, aber es gibt eine Vielzahl von Angeboten für Menschen, die von Zwangsverheiratung betroffen sind. Auch unser Haus fördert verschiedene Projekte, zum Beispiel die Onlineberatung SIBEL. Die Bildungsverwaltung fördert Papatya. Herr Hilke kann dazu vielleicht auch etwas sagen, wenn er möchte.

Wir haben auch über die Prävention gesprochen. Das ist natürlich auch ein ganz wichtiger Beitrag, früh zu erkennen und aufzuklären, um diesen Menschen Hilfe zu gewähren. Papatya hatte ich erwähnt. Dort anonym Informationen und Unterstützung zu erhalten, ist für Mädchen besonders wichtig. Wir haben auch für männliche Jugendliche, das will ich auch betonen, seit 2019 einen Jugendnotdienst zur Verfügung mit einer spezialisierten Krisenwohnung, in der betroffene LSBTIQ+ Schutz und Unterstützung in Anspruch nehmen können. Es passiert da also in letzter Zeit sehr viel. Der beste Weg ist eben die Prävention. Das ist Aufklärung, das sind diese Workshops, die an den Schulen angeboten werden. Ich bin froh, dass wir das heute hier thematisieren und in diesem Bereich auch gemeinsam weiter vorangehen wollen. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hätte jetzt der Vertreter aus der Senatsbildungsverwaltung oder SenInnSport im Anschluss die Möglichkeit zu antworten. – Bitte, Sie haben das Wort!

Andreas Hilke (SenBJF): Vielen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Senatorin! Danke, dass ich ein paar Worte dazu sagen kann! Für die Kinder- und Jugendhilfe, die hier ja auch Thema sind, ist das Problem der Zwangsheirat in all den komplexen Facetten natürlich auch ein laufendes Thema. Nicht umsonst gibt es seit 2011 einen eigenen Straftatbestand, der die Zwangsheirat untersagt, sie ist also strafbewehrt. Wir haben in der Kinder- und Jugendhilfe verschiedene Angebote und Verfahren in den letzten Jahren auf den Weg gebracht. Unter anderem ist das Kinderschutzverfahren vielleicht bekannt, also die Frage: Wie werden Kinderschutzmeldungen bei Minderjährigen auf den Weg gebracht? – Die drohende Zwangsheirat ist ein Kinderschutzfall. Dort haben wir in den jeweiligen Verfahren in den Berliner Kinderschutzbögen auch ausdrücklich die drohende Zwangsheirat als Indikator und Anhaltspunkt beschrieben. „Formular“ hört sich so ein bisschen trocken an. Das sind Leitfäden für die Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen, die denen die Leitplanken geben. Das ist also wichtig, dass das in solchen Dokumenten auch aufgenommen worden ist.

Wir haben in den Schulungskonzepten zum Kinderschutz regelmäßig auch das Thema der Zwangsheirat, auch der Minderjährigenehen. Das gab es hier eben auch als Thema. Wir haben den Berliner Notdienst Kinderschutz mit dem Mädchennotdienst, der wurde eben auch schon erwähnt. Wir haben dort angesiedelt die Hotline Kinderschutz, vom Land Berlin geförderte Fachberatungsstellen Kinderschutz wie unter anderem Kind im Zentrum, Wildwasser e. V., Kinderschutzbund Berlin. Papatya als einer der wichtigsten Träger in diesem Feld ist schon hinreichend bewertet worden, und zu Recht sehr gut. Er wird von unserem Haus auch gefördert. Über die zukünftige finanzielle Ausstattung kann ich kein Wort sagen, weil die Haushaltsverhandlungen natürlich laufen. Wir haben auch diverse Informationsbroschüren über den Arbeitskreis erarbeitet, wo Jugend mit dabei ist. Die werden in der Kinder -und Jugendhilfe auch verwendet.

Wir haben eine Fortbildungsstätte, die SFBB, Sozialpädagogische Fortbildungsstätte Berlin-Brandenburg. Dort gibt es jetzt weniger Fortbildung direkt mit dem Fokus Zwangsehen, aber das ist natürlich in den Grenzgebieten, wenn über Kinderschutz, Migration, Integration, Zuwanderung gesprochen wird, ein Thema, das aufgerufen wird. Da der Ausschuss auch dafür da ist, der Verwaltung Hinweise mit auf den Weg zu geben, ist das auch etwas, was ich mitnehmen würde, um zu schauen, ob wir die Fortbildung tatsächlich noch mal mit dem Fokus auf Zwangsheirat bereichern, dass wir dort entsprechende Module in Zukunft auf den Weg bringen. Diese Fortbildung wird auch als Brücke zur Schule benutzt. Wir haben das Programm Jugendsozialarbeit an Schule. An jeder Schule, das ist auch schon erwähnt worden, gibt es Jugendsozialarbeit über dieses Landesprogramm. Das sind Sozialpädagogen, Fachkräfte. Die sind erste Stelle, nach Möglichkeit sensible Zuhörer und Anlaufstellen für die Betroffenen in den Schulen. Auch dort nehmen die Sozialarbeiter und die Lehrerinnen und Lehrer an diesen Tandem-Fortbildungen – wenn beim Ganzttag noch ein Erzieher dabei ist, Triadem-Fortbildungen – in der sozialpädagogischen Fortbildungsstätte teil.

Direkt für Schule, darauf kann ich noch hinweisen, gab es die Weiße Woche des Trägers Terre de Femmes, auch im letzten Jahr. Meines Wissens müsste die dieses Jahr auch durchge-

führt worden sein. Ich habe mit den Kollegen von Schule gesprochen, dass die eigentlich eine sehr gute Wirkung hatten und dass Schule sich vorgenommen hat, diese Veranstaltung – Weiße Woche, Terre de Femmes – aus Anlass der Sommermonate aufzunehmen und auch die Zusammenarbeit mit der Polizei entsprechend zu vertiefen. Das wäre jetzt ein schneller Ritt einmal durch gewesen. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Hilke! – Herr Grüning, möchten Sie noch ergänzen? – Bitte!

Kristian Grüning (SenInnSport): Schönen guten Tag auch von mir einmal in die Runde! – Ich würde aus Sicht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport kurz versuchen zu ergänzen und vielleicht in dem mir möglichen Rahmen die Rolle oder die Aufgaben der Polizei oder der Sicherheitsbehörden kurz umreißen. Ich habe Ihnen zum einen die Zahlen aus der polizeilichen Kriminalstatistik mitgebracht. Die können Sie sicherlich auch selber nachlesen, aber Sie werden feststellen, dass es das unterstreicht, was Frau Zimmermann auch schon ausgeführt hat, nämlich dass wir über ein großes Dunkelfeld sprechen.

Die Zahlen: 2020 sechs Fälle, 2021 neun Fälle, 2022 noch mal neun Fälle, in diesem Jahr ein Fall nur für Berlin. Da sehen Sie schon ungefähr den Kontrast und wo wir ansetzen müssen und weshalb sich die Polizei Berlin auch schon seit Jahren engagiert und auch mit den freien Trägern sehr vertrauensvoll und eng zusammenarbeitet und jetzt auch bei den Präventionsveranstaltungen im Rahmen der Weißen Woche aktiv war. Es geht natürlich darum, dass man, wie auch bei vielen anderen Deliktsphänomenen, die Betroffenen über ihre Rechte in Kenntnis setzt, denn nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch in Anspruch nehmen. Man möchte natürlich aus polizeilicher Sicht zum einen die konkret Betroffenen, aber auch deren Umfeld erreichen, um darüber ein entsprechendes Bewusstsein – Awareness sagt man, glaube ich, heute neudeutsch – zu erzielen. Im vergangenen Jahr war man an fünf Schulen. Dieses Jahr war man, glaube ich, an vier Schulen. Die werden häufig ausgewählt im engen Austausch mit den Hilfsorganisationen und auch über die Schulen. In diesem Jahr waren es Schulen in Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Im vergangenen Jahr lag der Schwerpunkt auf Neuköllner Schulen.

Ich kann Ihnen ansonsten vielleicht noch sagen, falls es vielleicht von Interesse ist: Grundsätzlich ist die Präventionsarbeit in der Polizei strukturiert über die Landespolizeidirektion. Die Landespolizeidirektion bildet dann die inhaltliche Klammer für die 37 Polizeiabschnitte, auf denen jeweils noch mal Präventionsbeamte tätig sind. Über diese Koordinierung in der Landespolizeidirektion gewährleistet man auch entsprechende Qualitätsstandards. Wie bei dem Deliktsfeld sicherlich auch immanent: Es geht letztlich um gute Vorortkenntnisse, um Zugang zu den Schulen, zu den vor Ort tätigen freien Trägern und auch um einen unmittelbaren Kontakt. – An der Stelle würde ich es erst mal bewenden lassen und stehe natürlich für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Grüning! – Frau Dr. Haghanipour hat sich noch mal gemeldet und bekommt das Wort. – Bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Eine Frage habe ich noch, und zwar steht ja im Koalitionsvertrag zum Thema Zwangsehen, dass die Koalition einen wissenschaftlichen Forschungsauftrag zur Untersuchung des Ausmaßes und von Ver-

hinderungsmöglichkeiten in Auftrag geben wird. Gibt es schon einen Zeitplan, welche Schritte in den nächsten dreieinhalb Jahren gegangen werden sollen, um diesen Forschungsauftrag mit Ausschreibung, Durchführung und Ergebnissicherung zu erfüllen, und was gedenkt der Senat, was die Inhalte der Untersuchung sein sollen, um das Ausmaß und die Verhinderungsmöglichkeiten so zu erforschen, dass auch ein Erkenntnisgewinn besteht in Abgrenzung zu den Erkenntnissen, die wir bereits haben und die wir ja auch hier im Ausschuss sehr eindrücklich – vielen Dank auch dafür! – gehört haben?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Senatorin die Möglichkeit, darauf zu antworten. – Frau Zimmermann, Sie bekommen danach auch das Wort.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Abgeordnete Haghanipour! Es ist Teil des Koalitionsvertrags und auch in den Richtlinien der Regierungspolitik drin. Die Arbeitsebene hat ihre Arbeit diesbezüglich noch nicht aufgenommen, weil wir mitten in den Haushaltsverhandlungen sind und das auch etatisiert werden muss, und das gilt es abzuwarten. Wir wollen ja mit dem Haushaltsentwurf des Doppelhaushaltes am 11. Juli in den Senat gehen, und dann wissen wir mehr, also können wir anfangen. – [Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Können Sie etwas zu den Inhalten sagen?] –

Vorsitzende Ülker Radziwill: Fürs Protokoll: Frau Dr. Haghanipour fragt, ob Sie zu den Inhalten etwas sagen können. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Können wir noch nicht. Es steht im Koalitionsvertrag drin, aber die Arbeitsebene hat sich dazu noch nicht ausgetauscht. Da bitte ich noch um Geduld. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Zimmermann, Sie möchten noch ergänzen. – Bitte!

Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.): Ich habe jetzt natürlich noch einiges. Zum letzten Punkt, da merke ich schon so ein bisschen, muss ich ganz ehrlich sagen – dafür sind 700 000 Euro im Raum, falls es stimmt –: Es wird die ganze Zeit um so viele Ressourcen gekämpft, dass es uns manchmal ein bisschen schwerfällt. Wir haben immer versucht, diese Erhebungen zu machen, und ob der Unterschied dann so groß ist zu der Beratung, die vor Ort ist – das fällt mir ein bisschen schwer an dieser Stelle. Das möchte ich nur mal von unserer Seite ergänzen. Ich finde es immer so blöd, weil ich es eigentlich nicht so gut finde, dass wir hier immer gleichzeitig um Ressourcen und Gelder fragen. Da kommt man immer in so eine blöde Rolle, aber viel hat natürlich damit zu tun. Das muss man einfach noch mal ganz klar sagen.

Mir ist noch mal die Zusammenarbeit mit der Vernetzung, mit der Polizei – – Das habe ich vorhin nicht beantwortet. Das würde ich gerne noch mal ergänzen, weil ich das gerade jetzt einen ganz wichtigen Punkt finde. Dieser Arbeitskreis, der schon so lange besteht und uns zum Teil ganz konkret – – Das war total gut, auch mit der Polizei. Es war auch noch mal deutlich, dass es nicht um Anzeigen geht und dass Anzeigen dann zum Teil dem Ganzen eher entgegenstehen, aber diese Unterstützung, die wir bekommen haben, sowohl im präventiven als auch im operativen Bereich – – Da wurde viel Spielraum – – und ich glaube, es ist gut, dass da zum Teil so viel Spielraum möglich war. Das war durch diese vertrauensvolle Zusammenarbeit. Frau Koch-Knöbel geht jetzt in ihre wohlverdiente Rente, noch dieses Jahr.

Was aus diesem Arbeitskreis wird, wenn nicht eine Person sich wirklich darum kümmert – – Es stehen auch immer keine Ressourcen für Vernetzungen – – Ich glaube, gerade dieser Arbeitskreis hat noch einmal deutlich gezeigt, dass es Ressourcen braucht für Vernetzungen. Das sagt ja auch die Istanbul-Konvention sehr klar, dass es darum geht, eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Wir brauchen auch hier diese Gesamtstrategie, die im LAP ja auch ganz viele Bereiche abdeckt. Ich hoffe sehr, dass es vielleicht auch aus diesem Kreis hier noch mal in die Richtung geht. Dieser Arbeitskreis muss unterfüttert werden, und es muss dazu eine Leitung geben. Das fände ich noch mal wichtig.

Die Zusammenarbeit ist, um das sehr deutlich zu sagen, sehr konkret in einzelnen Fällen, wo noch mal geguckt wird: Wer braucht welche Unterstützung, um tätig werden zu können? –, und da ist es natürlich super, dass da Rechtsanwältinnen, Polizei, Frauenhäuser, im Grunde alle vor Ort sind, auch die Senatsverwaltung und auch der Zugang zur Härtefallkommission, der auch manchmal total notwendig ist. Die Härtefallkommission möchte ich an dieser Stelle auch noch mal erwähnen. Das noch mal kurz dazu.

In den Schulen: Es gibt von Papatya diesen Film „Verschleppung“. Den kann man natürlich nicht alleine zeigen, aber auf diesen Film möchte ich schon noch mal hinweisen, denn den finde ich hervorragend; dass der eingebettet gezeigt werden kann. Das macht es noch mal so deutlich, dass es nicht nur um Prävention, sondern um Fortbildung der Mitarbeitenden geht, der Lehrerinnen und Lehrer, an ganz vielen verschiedenen Stellen und vor allen Dingen jetzt leider noch mal neu in den Jugendämtern, weil wir feststellen: Viele gehen in Rente. Es gibt einen Generationswechsel, und wir haben das Gefühl, an vielen Stellen waren wir schon mal weiter. Da muss noch mal ordentlich in die Fortbildung und auch in [unverständlich] – – auf verschiedenen Ebenen. Wir schon ein paar Sachen angedacht, da noch mal reinzugeben. Da muss ich Ihnen ein bisschen widersprechen: Ich finde, beim Kinderschutz, zum Beispiel bei den Ausbildungen, bei den insoweit erfahrenen Fachkräften usw., ist Zwangsheirat nicht im Vordergrund, würde ich jetzt mal neutral formulieren. Es reicht manchmal nicht, das unter Kinderschutz zu subsummieren. Da würde ich mir manchmal noch mehr wünschen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Zimmermann! – Ich hatte gehofft, dass wir die Redeliste beenden können, Frau Dr. Haghanipour hat sich aber erneut gemeldet. Sie bekommt noch mal das Wort. – Bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Es tut mir leid, ich konnte mich jetzt nicht zurückhalten nach der letzten Erläuterung. Ich würde gerne noch mal die Senatorin fragen, was sie von dem Gedanken hält, die finanziellen Ressourcen statt in das Forschungsvorhaben in Schulungen zu geben oder in den Weitererhalt des Arbeitskreises zu Zwangsverheiratung.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete, für die Nachfrage! – Vielen Dank, Frau Zimmermann! – Ich kann das sehr gut nachvollziehen, dass man bestimmte Sachen auch infrage stellt, zum Beispiel ein neues Gutachten in Auftrag zu geben, obwohl es bewährte Strukturen gibt. Ich weiß nicht, woher Sie die Summe haben. Laut meiner Erinnerung ist dafür im Koalitionsvertrag sehr viel weniger vorgesehen. – [Zuruf von Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.)] –, aber dazu möchte ich sagen: In den Verhandlungen wird auch dieser Diskussionsprozess geführt, ob es notwen-

dig ist, ob man lieber etwas weniger Geld – – Wir arbeiten ja auf Grundlage eines Eckwerte-
haushalts noch aus dem ersten Teil der Legislatur, von Rot-Grün-Rot. Auf den Eckwerten
dieser Grundlage arbeiten wir.

Daniel Wesener weiß auch ganz genau, dass die Landesschuldenbremse in Berlin eingehalten
werden muss, weil die Coronanotlage am Ende des letzten Jahres ausgelaufen ist. Das ist na-
türlich gerade für mein Haus – – Mir würde das Herz wehtun, wenn Projekte wegfallen, ge-
rade im sozialen Bereich. Der Kampf darum wird gerade hart geführt, und natürlich ist in dem
Diskussionsprozess auch der Austausch dahingehend, dass wir sagen: Okay, muss man jetzt
lieber etwas weniger, aber dann in die bewährten Sachen reinstecken? Wie verteilen wir das
Geld insgesamt? – Diese Fragestellungen sind nicht einfach, aber sie sind zu führen.

Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.): Darf ich noch mal kurz fragen, ob das etwas für
den Landesaktionsplan ist? Ist das als Aufwuchs, was da gesagt wird? – Darf ich nicht, okay.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Zimmermann! Sie dürfen schon. Das Wort erteile ich
hier. Das mache ich jetzt nicht aus Spaß, entschuldigung! Es gibt noch mal den Wunsch von
Ihnen, das Wort zu ergreifen, und auch Frau Dr. Haghanipour hat sich erneut gemeldet. Ich
hoffe, dass wir danach mit der Wortmeldung von Frau Auricht – vielleicht gibt es noch weite-
re Wortmeldungen – so langsam zum Ende kommen können. Ich würde gerne um 17 Uhr
diese Sitzung in diesem sehr warmen Raum mit Ihrem Einverständnis beenden wollen. Wir
haben noch ein, zwei Punkte, die aus meiner Sicht auch wichtig sind. Ich will hier nichts un-
terbinden, ich wollte nur darauf aufmerksam machen. So weit dazu. – Dann hat jetzt Frau
Zimmermann das Wort. – Bitte!

Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.): Ich weiß gar nicht, ob die Frage jetzt okay ist,
aber ob es einen Aufwuchs in Ihrer Senatsverwaltung für den Landesaktionsplan gibt, der
auch ein richtiger Aufwuchs ist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich deute die Frage so, dass das sozusagen in Ergänzung zu
dieser Anhörung ist. – Möchten Sie gleich antworten, oder darf ich noch Frau Abgeordnete
Dr. Haghanipour drannehmen? – Bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch
Frau Senatorin! Ich glaube, meine Frage wurde nicht beantwortet. Ich war gerade überrascht,
dass Sie gesagt haben, wenn Projekte wegfallen. Ich unterstütze das ausdrücklich, dass Sie
alle Projekte, die bestehen, halten können. Meine Frage war: Wenn es zusätzliche Mittel ge-
ben sollte für ein Forschungsvorhaben zum Thema Zwangsehen, Zwangsverheiratung – weil
auch die Ressourcenfrage aufgemacht wurde –, wo steckt man das Geld, das zur Verfügung
steht, das limitiert ist, rein? Wie stehen Sie dazu? Wie ist Ihre Haltung dazu, politisch das
Geld nicht in das Forschungsvorhaben reinzugeben, sondern in bestehende strukturelle Res-
ourcen wie zusätzliche Schulungen oder den Arbeitskreis Zwangsverheiratung? – Danke
schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Auricht, Sie hatten sich auch gemeldet. – Bitte!

Jeannette Auricht (AfD): Ich hatte vorhin noch nach der Kooperation mit den Botschaften
gefragt. Ich weiß, das ist vielleicht eher auf Bundesebene, wo das entschieden wird, aber man

kann es ja anstoßen. Passiert da schon etwas, oder ist da etwas geplant? Das wollte ich noch mal beantwortet haben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Letzte Chance für Wortmeldungen. – Sehe ich nicht. Dann schließe ich erst mal die Redeliste, und die Senatorin bekommt die Möglichkeit zu antworten bzw. auch die weiteren Fachressorts. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Nachfrage, Frau Abgeordnete! Wir sind mitten in den Haushaltsverhandlungen. Ich würde sehr gerne meinen Haushalt verdoppeln, ehrlich gesagt, und alle Projekte fortführen und noch mal verdoppeln. Ich kann jetzt aber auch nichts vorwegnehmen. Wir sind mitten in den Haushaltsberatungen. Die dauern jetzt noch ein paar Tage, und dann sehen wir weiter.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich danke erst mal Frau Zimmermann für die Anwesenheit als offizielle Anzuhörende für diesen Tagesordnungspunkt. – [Dorothea Zimmermann (Wildwasser e. V.): Vielen Dank Ihnen!] – Ich danke auch den Vertretern von Papatya, dass sie uns zumindest eine schriftliche Stellungnahme zugeschickt haben. Darauf hat heute direkt keiner Bezug genommen, aber Sie haben das registriert und werden das für Ihre Arbeit entsprechend nutzen.

Dann danke ich ganz herzlich auch Herrn Hilke aus der Bildungsverwaltung. – Ich freue mich, wenn Sie die Anregungen mitnehmen. Es gibt ja einen formulierten Wunsch – sehr schön. Vielleicht bekommen wir irgendwann auch eine entsprechende Rückmeldung. – Ich danke auch Herrn Grüning für seine Erläuterungen und auch den anderen Mitarbeiterinnen aus der SenASGIVA-Verwaltung, die bei diesem Tagesordnungspunkt dabei waren. Dieser Tagesordnungspunkt mit der Besprechung wird nicht abgeschlossen, sondern wir vertagen ihn, bis das Wortprotokoll vorliegt und er – mit Ihrem Einverständnis – erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dann können wir das auswerten. – So weit dazu. Dann wünsche ich der Anzuhörenden noch einen schönen Tag. Vielen Dank! – [Beifall] – Viel Erfolg für Ihre Arbeit!

Bevor ich TOP 4 aufrufe, der Hinweis: Wer jetzt noch Getränke braucht, findet einen Automaten im Erdgeschoss. – [Heiterkeit] – Nur, damit Sie mir heute nicht wegkippen aufgrund der Klimabedingungen in diesem Raum! Trinken Sie weiterhin!

Dann kommen wir zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0042](#)
Umsetzungsstand des Landesaktionsplans zur IntGleich
Umsetzung der Istanbul-Konvention
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Wer möchte den Besprechungspunkt begründen? – [Zuruf von Ines Schmidt (LINKE)] – Ich habe vernommen, dass auch hier ein Wortprotokoll gewünscht wird. Möchte der Ausschuss das? – Es gibt keinen Widerspruch. Dann machen wir das so. – Frau Golm, Sie haben jetzt für die SPD-Fraktion die Möglichkeit zu begründen. Bitte!

Mirjam Golm (SPD): Wir machen das ganz kurz. Ich muss allen hier nicht erklären, wie wichtig die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist. Das hatten wir ja schon im alten Koalitionsvertrag und haben es jetzt auch im neuen Koalitionsvertrag. Uns war es besonders wichtig, dass die Arbeit am Landesaktionsplan nahtlos fortgeführt wird, weil das ja wirklich viel Arbeit ist und viele Akteurinnen überall miteinbezogen sind. Uns liegt hier nur das Eckpunktepapier vor. Das hatten wir auch schon mal gehört. Ich denke, wir sind alle ganz gespannt, wann der Landesaktionsplan kommt, wann er uns vorgestellt wird, und vielleicht können Sie auch schon etwas zu den ersten konkreten Maßnahmen daraus, zu den Arbeitsgruppen, die getagt haben, und zu den Ergebnissen sagen. Also wir sind alle sehr gespannt. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat auch die Senatorin jetzt die Möglichkeit, eine einleitende Stellungnahme abzugeben.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete, für die Einführung in dieses sehr wichtige Thema, das in unserem Koalitionsvertrag auch drinsteht und, wie ich vorhin erwähnt habe, als Teil des Sofortprogramms für unser Haus unter vier Punkten Erwähnung findet. Man darf das Sofortprogramm auch nicht so verstehen, dass wir – – Also es ist ein Schwerpunkt, aber es gibt noch viele andere Schwerpunkte. Das wollte ich hier auch noch mal erwähnen.

Zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der sogenannten Istanbul-Konvention – wovon die Türkei jetzt nicht mehr Teil ist, muss man leider auch bemerken – wird in Berlin ressortübergreifend mit der Zivilgesellschaft der Berliner Landesaktionsplan unter der Federführung der Abteilung Frauen und Gleichstellung erarbeitet. Meine Fachebene ist ja auch hier, und ich werde gleich Frau Hautmann das Wort erteilen. Der Berliner Landesaktionsplan soll als politische Gesamtstrategie für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt dienen, und er soll die politische Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen des Senats hinsichtlich Prävention, Schutz und Unterstützung und Strafverfolgung bei Gewalt gegen Frauen bilden. Dazu erarbeiten wir einen Landesaktionsplan, der auch bald in die Umsetzung gehen soll, und ich bitte jetzt Frau Hautmann, zum Stand unserer Pläne hinsichtlich des Aktionsplans zu berichten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Hautmann jetzt das Wort. – Bitte!

Karin Hautmann (SenASGIVA): Vielen Dank! – Nach dem Eckpunktepapier wurde am Runden Tisch auf Staatssekretärebene noch ein Konzeptpapier verabschiedet, in welchem noch mal detailliert dargestellt wurde, wie der Landesaktionsplan erarbeitet werden soll und welche Inhalte dort dargestellt werden sollen. Wir haben dann auf Fachebene fünf Fachgruppen eingerichtet, in denen über die fünf Handlungsfelder – Prävention, Schutz, Unterstützung und Gesundheit, Polizei, Strafverfolgung und Justiz, Daten und Forschung sowie Migration und Asyl – gesprochen wurde. Die Fachgruppen wurden mit Vertreterinnen der Fachebene und der Zivilgesellschaft und mit Expertinnen geführt, wobei ganz dezidiert die Artikel und Inhalte der Istanbul-Konvention zu dem jeweiligen Handlungsfeld besprochen wurden, und daraus wird die Bestandsanalyse gemacht und Handlungsbedarfe festgelegt. Diese Fachgruppen haben sehr intensiv gearbeitet und sind alle abgeschlossen worden. Daraus wurde dann bei uns der Landesaktionsplan entwickelt mit insgesamt mittlerweile circa 130 Maßnahmen, die in den Fachgruppen erarbeitet wurden. Diese sollen anschließend sukzessiv auch umgesetzt werden.

Entschuldigung, jetzt muss ich eines wiederholen: Zu diesem Entwurf des Landesaktionsplans gab es dann auf Fachebene einen intensiven Austausch, und im März fand in drei Fachforen noch mal ein intensiver Austausch mit der Zivilgesellschaft statt, wo wir sehr umfangreich eingeladen und die Rückmeldungen zu allen Handlungsfeldern gesammelt haben. Diese werden jetzt bei uns im Fachreferat ausgewertet und im Rahmen der Möglichkeiten dann in diese Entwurfsfassung eingearbeitet.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hautmann! – Dann sind wir jetzt in der Aussprache, und Frau Schmidt hat das Wort. – Bitte!

Ines Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Hautmann! – Ich habe mehrere Fragen. Wir haben gehört, die Finanzierung ist noch nicht klar, sie ist noch in den Haushaltsdebatten, aber wir wollten einfach wissen: Dieser Landesaktionsplan ist ja mit 130 Maßnahmen hinterlegt. Da ist ja wirklich viel drin. Habt ihr da schon ein Budget zur Seite gestellt, wo ihr sagt, das muss extra gehandhabt werden? – Gibt es dazu einen eigenen Haushaltstitel? –, denn wir reden ja wirklich von vielen Maßnahmen. – Gibt es eine Daten- und Forschungsbegleitung, um diese ganzen Maßnahmen umzusetzen? – [Zuruf] – Zu schnell? Ich bringe sie euch nach vorne.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Schmidt! Schön langsam! Heute ist es eine besondere klimatische Herausforderung hier für uns alle. Also noch mal jetzt, bitte!

Ines Schmidt (LINKE): Zu den 130 Maßnahmen war die Frage, Frau Hautmann, ob es da eine Daten- und Forschungsbegleitung gibt, also ob das angedacht ist, nicht dass ihr die Leute schon eingeladen habt, sondern ob es angedacht ist, dass man diese 130 Maßnahmen begleiten kann.

Dann ist mir bekannt geworden, dass ihr total unterbesetzt seid im Antigewaltfachbereich, in der Gleichstellungsabteilung. Wie und bis wann wird die Senatsverwaltung offene Stellen besetzen? Ist das schon in Arbeit? Man will euch ja da in der Arbeit unterstützen; ihr seid schließlich relevant und zuständig für die Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Dann habe ich eine Frage zum aktuellen Stand der Eröffnung des achten Frauenhauses. Wie weit ist der Planungsstand zum neunten Frauenhaus?

Wie schätzt die Regierung die Notwendigkeit einer Landesgleichstellungsbeauftragten für das Land Berlin ein, die unterstützend bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention für euch oder für uns alle unterwegs ist?

Dann wollte ich noch etwas sagen, Ülker: Wenn der Automat hier kaputt ist – es gibt noch Leitungsheimer Spätlese in den einzelnen Toiletten. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich danke für diese wichtigen Flüssigkeitsversorgungshinweise! – Dann hat jetzt Frau Dr. Haghanipour das Wort. – Bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe nur eine Frage. Die bezieht sich auf die Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh im Plenum, ich glaube, in der Debatte zu den Richtlinien der Regierungspolitik, wo er angekündigt hat, dass in der Koalition 28 Millionen Euro verabredet worden sind, um die Maßnahmen der Istanbul-Konvention umzusetzen. Ich würde gerne fragen, wie der Senat gedenkt, diese 28 Millionen auf den Haushalt pro Jahr zu verteilen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. – Dann hätten Sie jetzt, Frau Senatorin, die Möglichkeit, darauf zu antworten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Ich würde auf die Fragen zum Haushalt und zum Personal und zur Aussage Raed Salehs, dem Fraktionsvorsitzenden, im Plenum eingehen wollen und dann an Frau Hautmann abgeben. Wie gesagt, die Haushaltsberatungen laufen. Wir haben natürlich – was im Koalitionsvertrag steht – auch die Mittel zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in den Haushaltsberatungen angemeldet. Ich habe die Aussage von Raed Saleh im Plenum auch mitgehört. Ich weiß nicht, ob das ein Versprecher war oder nicht – muss man ihn noch mal fragen –, auf jeden Fall haben wir laut Koalitionsvertrag 7 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen, das sind dann in den drei Jahren 21 Millionen Euro. Er hatte 28 Millionen genannt, ich weiß. Das müssen wir noch mal klären.

Was Personal angeht: Ja, das stimmt, die Abteilung V ist stark unterbesetzt, deshalb noch mal ein großes Dankeschön an die, die an dieser wirklich wichtigen Arbeit tagtäglich mitarbeiten. Wir wollen so schnell wie möglich nachbesetzen, aber die durchschnittliche Dauer beträgt in Berlin 15 Monate, habe ich jetzt erfahren. Wir wünschen uns aber natürlich eine schnelle Besetzung dieser Stellen, um die Kolleginnen und Kollegen zu entlasten und auch die Umsetzung des Landesaktionsplans bestmöglich begleiten zu können. – Jetzt würde ich an Frau Hautmann abgeben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Hautmann jetzt das Wort. – Bitte!

Karin Hautmann (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich möchte noch die Frage beantworten, ob es eine Begleitung gibt, und die zu den Maßnahmen. Es ist so, dass die Maßnahmen teilweise ohne Finanzmittel umgesetzt werden können, da gibt es Empfehlungen, und ein Teil der Maßnahmen dann sukzessive natürlich auch einiger Finanzmittel bedarf. Es ist so, dass bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention geplant ist, dass ein wissenschaftsbasiertes Moni-

toring und eine Evaluation begleitend aufgebaut werden, und da sind wir auch schon in den Vorbereitungen. Dazu hatten wir schon vor längerer Zeit einen Auftrag bekommen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann gibt es noch die Wortmeldung von Dr. Haghanipour, und sie hat das Wort.

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Beim Monitoring möchte ich gern nachfragen, wie da der Zeitplan ist, denn mein Kenntnisstand ist, dass die Ausschreibung für das Monitoring ja schon seit mehreren Monaten vorliegt. Wann können wir damit rechnen, dass eine Institution gefunden wird und es endlich losgeht? Wir freuen uns schon alle darauf.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Hautmann zur Beantwortung das Wort.

Karin Hautmann (SenASGIVA): In der Tat, wir haben mit dem Vergabeverfahren begonnen. Dazu gehört eine Machbarkeitsstudie. Diese haben wir durchgeführt, und anhand dieser Machbarkeitsstudie werden wir jetzt die Ausschreibungsunterlagen für die Vergabe vorbereiten, sodass wir, wenn dann über den Haushalt entschieden worden ist und wir die Mittel dafür zur Verfügung gestellt bekommen haben, mit dem Vergabeverfahren relativ rasch beginnen können. Dann kann das im Laufe des nächsten Jahres, sofern die Mittel verfügbar sind, starten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Das klingt gut. – Dann, Frau Schmidt, haben Sie das Wort!

Ines Schmidt (LINKE): Die Frage nach dem achten und neunten Frauenhaus war noch offen, und ob bei euch eine Landesgleichstellungsbeauftragte für das Land Berlin vorgesehen ist, die unterstützend bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention wirkt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat die Senatorin das Wort. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Das achte wird ja jetzt fertiggestellt und soll im August eröffnet werden. Frauenschutzplätze sind uns ein ganz besonderes Anliegen, vor allen Dingen auch im Zuge der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Was Frauenschutzplätze, aber auch Wohnheimplätze angeht, bin ich auch im Austausch mit Christian Gaebler, ob man hier Kontingente im Bereich bezahlbaren Wohnraums schaffen kann, um Frauenwohnheimplätze zu gewinnen. Das ist uns ein besonderes Anliegen. Alles andere ist Teil der Haushaltsverhandlungen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Dr. Haghanipour noch eine Nachfrage. – Bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Um ehrlich zu sein, habe ich den Prozess zum Monitoring nicht verstanden. Wann wurde die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben? Wann kamen die Ergebnisse? Was sind die Inhalte der Ergebnisse? Ich dachte, es würde jetzt ein Monitoring geben und dass es da die Ausschreibung längst gebe. Vielleicht brauche ich noch mal drei Sätze mehr dazu.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Hautmann, Sie haben das Wort. Bitte!

Karin Hautmann (SenASGIVA): Es ist so, dass im Rahmen eines regulären Vergabeverfahrens im Vorfeld der Vergabe eine solche Studie durchgeführt wird, indem man eben bestimmte Institutionen anschreibt, die möglicherweise infrage kommen, um so ein Monitoring durchzuführen, wodurch man dann Informationen erhält, was möglich ist und was nicht möglich ist. Das muss im Vorfeld einer Vergabe durchgeführt werden. Das ist das, was wir gemacht haben, sodass wir jetzt Informationen haben, was da wissenschaftsbasiert möglich wäre, und dann in die detaillierte Vorbereitung gehen können. Das ist Teil eines Vergabeverfahrens. Das ist aber sozusagen intern, das ist nichts, was veröffentlicht werden kann. Es gibt da keine Ergebnisse, sondern es ist rein prozessual.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann, denke ich, ist jetzt erst mal das Frage-Antwort-Spiel gemacht worden. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Dann würde ich jetzt diesen Besprechungspunkt hier abschließen. Das Wortprotokoll bekommen Sie ja auch noch. – Dann machen wir das so.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Eine vertrauliche Spurensicherung in den Bezirken
für Betroffene sexualisierter Gewalt**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0024](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.